

Exklusiv

Konstruktive Ansätze für das Verhältnis mit Russland

Brigadegeneral a.D. Dr. Klaus Wittmann, Senior Fellow des Aspen Institute Deutschland, Lehrbeauftragter der Universität Potsdam

(BS) Wie vor 30 Jahren die marode Sowjetunion benötigt auch Putins Russland, derzeit gegenüber dem Westen sich selbst isolierend und zunehmend aggressiv auftretend, "neues Denken" in der Außen- und Sicherheitspolitik als Teil seiner Modernisierung. Der Westen und besonders die NATO sollten das durch selbstkritische Anerkennung ihres Teils der Verantwortung für die Verschlechterung des Verhältnisses in den letzten 20 Jahren erleichtern. Krim-Annexion und Krieg in der Ostukraine haben die Voraussetzungen für eine solche Entwicklung geschwächt, doch muss langfristig das ernsthafte Angebot zu kooperativer statt konfrontativer Sicherheit bestehen bleiben – unter Berücksichtigung legitimer Interessensgesichtspunkte sowohl Russlands als auch des Westens.

Kein Fehler der NATO, der EU oder der USA rechtfertigt Moskaus gewaltsames Vorgehen gegenüber der Ukraine. Russland sieht sich im Konflikt mit "dem Westen", doch die Interpretation seiner Handlungsweise als Reaktion auf Aktionen der USA greift zu kurz. Und die NATO-Erweiterung war nie eine Bedrohung – nicht einmal eine aktive Expansion, sondern der Drang der neubefreiten MOE-Staaten nach Westen, über dessen Gründe Moskau nachdenken sollte.

Auch wenn Perzeptionen politisch wirkmächtige Fakten sein können, geht es hier nicht lediglich um "unterschiedliche Wahrnehmungen" von Konfliktursachen, wie der russische Botschafter kürzlich in einem Rundfunkinterview feststellte. Russland muss zurückkehren zur Achtung der Prinzipien von Helsinki und Paris: Souveränität, territoriale Integrität, Unverletzlichkeit der Grenzen, friedliche Konfliktbeilegung, Nichteinmischung, freie Bündniswahl. Das Land, das am konsequentesten auf "Nichteinmischung" beharrt, hat sich in seit Jahrzehnten nicht dagewesener Weise in die inneren Angelegenheiten seines Nachbarn Ukraine eingeschaltet. Die Minsker Abkommen müssen umgesetzt werden, und die Ukraine muss sich reformieren, aber auch imstande sein, sich gegen weitere Vorstöße

der von Russland unterstützten Aufständischen zu verteidigen. Außer Frage steht bei alledem der zuverlässige Schutz aller NATO-Mitgliedsstaaten.

Doch Russland bleibt Nachbar, sogar weitgehend Teil Europas. Deshalb muss über die gegenwärtige Krise hinausgedacht werden: Nie hat es in ausreichendem Maße das Gespräch über Russlands Platz in der europäischen Sicherheitsordnung gegeben. Die Bundeskanzlerin hat unter der Bedingung einer Rückkehr Russlands zu den vereinbarten Prinzipien eine West-Ost-Freihandelszone in Aussicht gestellt. Diese Bereitschaft sollte auf sicherheitspolitischem Gebiet durch konkrete Vorstellungen flankiert werden.

Dazu könnte seitens des Westens, vor allem der NATO, u.a. folgendes ins Auge gefasst werden: Der NATO-Russland-Rat sollte selbst in der gegenwärtigen Krise bewahrt werden, wie auch die NATO-Russland-Grundakte von 1997 mit ihren Festlegungen auf Frieden, Freiheit und Kooperation in Europa – bewahrt für bessere Zeiten. Dann sollte der Rat zu neuer Qualität geführt werden mit der Ausweitung der Felder konformer Interessen und gemeinsamer Aktion. Die NATO könnte sich auch zu einem strukturierten Dialog mit der von Russland geführten CSTO (Collective Security Treaty Organisation) bereiterklären. Und die OSZE muss aktiviert werden.

In der Erweiterungsfrage bleibt es bei der Politik der "Offenen Tür", das entspricht Art. 10 im NATO-Vertrag. Aber zwischen "kein Veto für Russland" und einem Nachgeben gegenüber russischer Indignation wäre doch ein Mittelweg denkbar, der russische Interessen und Empfindlichkeiten mitberücksichtigt. Frühere Erweiterungsrounden wurden ja durch die Etablierung des NATO-Russland-Rats bzw. seine Aufwertung "abgefedert".

Ein zentrales Beispiel: Den Medwedjew-Vorschlag von 2008/2009 für einen umfassenden europäischen Sicherheitsvertrag, wengleich in der Substanz bedenklich, hätte der Westen doch viel aktiver aufgreifen sollen – als Ausgangspunkt für einen inten-



siven, strukturierten Dialog nicht zuletzt im NATO-Russland-Rat. Die Scheu davor auf westlicher Seite war und ist nicht angebracht. Ist nicht auch die Schlussakte von Helsinki 1975 mit ihren positiven Auswirkungen in der jüngeren europäischen Geschichte aus ursprünglich furchtsam betrachteten sowjetischen Vorschlägen hervorgegangen? Die unterschiedlichen ordnungspolitischen Vorstellungen Russlands und der NATO für den euro-atlantischen Raum sollten mit großer Offenheit und langem Atem diskutiert werden. Und im Interesse der Weiterentwicklung der europäischen Sicherheitsordnung sollte innovativ und engagiert ein neuer Aufbruch in der konventionellen Rüstungskontrolle und europäischen Vertrauensbildung betrieben werden.

Die fortwährende Bereitschaft zum Dialog ist Teil der Harmel-Philosophie der NATO: "Verteidigung und Entspannung". Wenn die russische Führung meint, die USA wollten "Russland klein halten" (Putin in seiner Neujahrsrede), so sollte sie einsehen: Respekt und Augenhöhe lassen sich nicht durch Aggression erzwingen. Aber ein Russland, das konstruktiv zu regionalem und globalem Problemlösen beitrüge (wofür es in den letzten Jahren mit den syrischen Chemiewaffen und der Nuklearambition Irans leider nur zwei positive Beispiele gibt), statt auf Störpotential und Verhinderungsmacht zu setzen, wäre auch als Großmacht hochwillkommen.